

Die europapolitische Frage

Welchen politischen Preis wollen wir bezahlen?

Das Rahmenabkommen ist vom Tisch.

Die nächste europapolitische Frage kommt aber rascher als es den Gegnern des Abkommens lieb ist. Sie entscheidet auch, ob wir weltoffen bleiben oder europhil werden.

von Dominik Feusi Nebelspalter 9.7.2021

Der Bundesrat hat Ende Mai entschieden, das Rahmenabkommen nicht zu unterzeichnen (Lesen Sie [hier](#) die Berichterstattung). Dabei hat er besonders betont, dass er den bilateralen Weg weiterführen will.

Was er damit meint: die Weiterführung der bestehenden bilateralen Verträge, insbesondere des Abkommens über die technischen Handelshemmnisse. Und, vielleicht, irgendwann, wenn die EU wieder nett ist mit uns, dann ein Stromabkommen oder weitere Verträge.

Dieser einfache Marktzugang garantiert die gegenseitige Anerkennung von Produktezulassungen. Ein Exportunternehmer muss seine Produkte nicht ein zweites Mal in der EU zertifizieren lassen, um sie dort verkaufen zu können. Die Schweizer Zulassung reicht.

Marktzugang bleibt

Wie gross dieser Vorteil für die Industrie tatsächlich ist, darüber scheiden sich die Geister. Klar ist nur, dass der Marktzugang selbst nicht gefährdet wird, sondern bloss die Produkte in der EU zertifiziert werden müssen und es dort einen Repräsentanten braucht. Wie beim Export in alle anderen Länder auch.

Das Abkommen über die technischen Handelshemmnisse

Das Abkommen aus den Bilateralen I legt fest, für welche Produktkategorien die gegenseitige Anerkennung von Zertifizierungen gilt. Der Anhang listet die Regulierungen auf, die unter das Abkommen fallen. Immer wenn die EU eine Regulierung überarbeitet, muss die neue Regulierung im Anhang erwähnt werden, damit die gegenseitige Anerkennung weiterhin gilt. Genau dies verweigert die EU, seit 2014 die Masseneinwanderungs-initiative angenommen wurde. Damit verstösst sie zwar gegen den Geist des Abkommens, aber eine ausdrückliche völkerrechtliche Verpflichtung zur Anerkennung gibt es im Abkommen nicht. (fi.)

Die vom Bund bestellte Ecoplan-Studie von 2015 rechnete mit 4,9 Prozent weniger Wachstum der Gesamtwirtschaft in 18 Jahren (0,3 % pro Jahr, hier geht es zur [Studie als PDF](#)). Rechnet man das Bevölkerungswachstum heraus, sind es allerdings nur noch 0,7 Prozent in 18 Jahren. Es geht also um viel weniger, als uns die Befürworter des Rahmenabkommens und des bilateralen Weges sagen. Jede noch so geringe Verbesserung der Rahmenbedingungen im Inland bringt mehr, als auf dem Spiel steht – und vor allem nicht nur der Exportwirtschaft, sondern auch allen anderen Unternehmen.

Druck aufrechterhalten

Klar ist aber auch: Die EU will mit ihrem Boykott des Abkommens über die technischen Handelshemmnisse den Druck auf die Schweiz aufrechterhalten, irgendwann doch mindestens einer teilweisen politischen Integration zuzustimmen.

Die europapolitische Frage

Und jene, die eine politische Integration gut finden, werden diesen Druck hierzulande zu Propagandazwecken brauchen.

Was die EU unter politischer Integration versteht, sagte kürzlich der EU-Botschafter Petros Mavromichalis in einem Beitrag in der Zeitung «Le Temps» ([Link zum Artikel](#)). Die Schweiz könne nur zwischen einem EU-Beitritt, einem EWR-Beitritt und einem in den entscheidenden Fragen gleichen Rahmenabkommen wählen. Sonst bliebe nur der Freihandel.

Die EU hat den bilateralen Weg aufgekündigt – und zwar schon vor Jahren.

Was er damit auch sagt: der bilaterale Weg, der vor 22 Jahren ausgehandelte Deal einer sektoriellen direkten Teilnahme am Binnenmarkt ohne politische Integration, ist für die EU zu Ende. Sie hat ihn aufgekündigt – und zwar schon vor Jahren, als sie einen politischen Rahmen, eine teilweise politische Integration in die EU für die bis anhin bloss wirtschaftlichen Verträge forderte. Sie hat es nur noch so gesagt. Das ist zwar nicht schön und schon gar nicht nachbarschaftlich. Aber es ist Aussenpolitik.

Es gibt nichts weiterzuführen

Darum gibt es also gar nichts wie bisher weiterzuführen. EU-Botschafter Mavromichalis hat recht.

Entweder die Schweiz wählt aus den aufgezählten Möglichkeiten zur politischen Integration aus, oder sie setzt auf Freihandel. Entweder sie konzentriert sich auf den Binnenmarkt der

EU oder bleibt weltoffen. Das ist die nächste europapolitische Frage. Das Aussendepartement arbeitet zurzeit an einem Bericht zur Europapolitik. Beantwortet werden muss sie aber insbesondere vom Bundesrat und allen anderen Gegnern des Rahmenabkommens, die jetzt von der Weiterführung des bilateralen Weges reden.

Natürlich muss sich auch die EU überlegen, wie sie mit hoch entwickelten Ländern in ihrer Nachbarschaft, die ihr nicht beitreten wollen, zusammenarbeiten will. Das gilt nicht nur für die Schweiz, sondern noch viel mehr für Grossbritannien ([Hier geht es zu einer Analyse aus britischer Sicht](#)). Und wenn der Binnenmarkt der EU tatsächlich weltweite Bedeutung erlangen soll, dann gilt das umso mehr. Dann müsste sich die EU bewegen und den gemeinsamen Markt stärken statt schwächen, also die Schweiz und Grossbritannien daran teilhaben lassen, statt sie auszuschliessen.

Das Dogma der EU

Aber die EU ist mindestens im Moment in ihrem Dogma gefangen, dass sie mit Nachbarn nur dann Freihandel zulässt, wenn sie ihr Recht, ihre Entscheidungsprozesse und ihr Gericht akzeptieren. Diese politische Teilintegration war ausschlaggebend für den Widerstand gegen das Rahmenabkommen. Weil sie ganz direkt Auswirkungen auf das politische System und die politische Kultur der Schweiz gehabt hätte – auch wenn uns ihre Befürworter etwas Anderes vormachen wollten.

Politische Teilintegration ist wie der Beitritt als Ganzes nicht kompatibel mit Vielem, was unser Land zu dem gemacht hat, was es ist – und das uns deshalb wichtig ist. Vor allem nicht mit den direktdemokratischen Instrumenten, mit Referendum und Initiative oder der Rolle der Kantone in unserem von unten nach oben aufgebauten

Die europapolitische Frage

Staat. Beispiele dafür gibt es genug: die Masseneinwanderungsinitiative oder das Referendum gegen ein neues Waffenrecht.

«Wir befinden uns nicht am Abgrund», sagte Staatssekretärin Livia Leu diese Woche. Sie hat recht. Es gibt kein Grund zur Eile. Bloss: Wer am bilateralen Weg festhalten will, der muss auch sagen zu welchem politischen Preis. Und er muss ihn bezahlen. Wer keinen politischen Preis bezahlen will, wer keine politische Integration in die EU will, der muss sich nicht nur vom Rahmenabkommen, sondern auch vom direkten Marktzugang verabschieden und auf Freihandel setzen.

Kein «Alleingang», sondern Weltoffenheit

Das ist kein «Alleingang», sondern die weltoffene statt europhile Schweiz. Es ist die Ausrichtung der heimischen Rahmenbedingungen auf globale Wettbewerbsfähigkeit statt auf Absatz in der EU. Das würde dann aber bedeuten, dass wir nicht, wie der Bundesrat es vorschlägt, EU-Regeln auf Vorrat übernehmen, um möglichst gleich schlechte Rahmenbedingungen wie in der EU zu haben, sondern bewusst weniger und besser regulieren, um weltweit konkurrenzfähig zu bleiben. Die EU und ihr Binnenmarkt bliebe unser wichtigster und bester Partner. Aber einer unter mehreren.

- **SCHWEIZ**
- **EU**
- **RAHMENABKOMMEN**
- **WIRTSCHAFT**

Kommentare

Ganz klar Freihandel. Der EU Bürokratieklotz wird in Zukunft immer noch schwerfälliger, welcher sich weiter ausbremsen wird. Da kann eine kleine Schweiz sich viel agiler auf dem Weltmarkt bewegen und wird durch die Schwerfälligkeit des grossen Klotzes, noch attraktiver.

Die Schweiz als kleines Land muss durch Qualität punkten und die beste Qualität erreicht sie, wenn sie unabhängig und frei bleibt.

Es war mir im Vorfeld zur Volksabstimmung bereits durch den Kopf gegangen, wir seien von den Behörden regelrecht belogen worden. Soll das jetzt gleich weitergehen? Unglaublich.

Die EU hat nichts in der Hand, ausser ihrem elenden Protektionismus. Wenn es bei technischen Handelshemmnissen um Produktequalität oder Ähnliches ginge, wäre eine gegenseitige Anerkennung in den meisten Fällen problemlos oder könnte auf der Basis technischer Normen erreicht werden.

Doch wenn schon bilaterale Abkommen klammheimlich ausser Acht gelassen werden um Druck auf die Schweiz aufzubauen, so darf sich doch die Schweiz frei fühlen, in gewissen Bereichen ähnlich vorzugehen. Solche Szenarien im Sinne vorbehaltener Entschlüsse mal durchzugehen und Optionen anzudenken wäre wohl Regierungsarbeit. Gouverner c'est prévoir!

Man soll nie vergessen, die EU profitiert in der Summe mehr von den bilateralen Verträgen als die Schweiz, auch wenn die in Brüssel ständig das Gegenteil behaupten und Bundesbern dieses Mantra nachplappert. Es gibt keinen Grund, sich

Die europapolitische Frage

von den Tönen aus Brüssel beeindruckt zu lassen. Die sind ja bei Lichte besehen auch gar nicht so laut, werden aber von unseren Medien ins Unermessliche verstärkt.

Ich kann dem Artikel nur beipflichten. Es braucht endlich eine Grundsatzdiskussion über das Ziel der Reise, bevor wir über die nächste Wegetappe entscheiden. Wer mittelfristig nicht in die EU will, sollte auch eine weitere - zumal politische - Integration ablehnen. Je enger wir uns mit der EU verflechten, desto mehr Sachzwänge gibt es, dies immer noch mehr zu tun und immer neuen Ansinnen der EU stattzugeben, "um nicht unser ganzes Beziehungsgeflecht zu verlieren". Die bisherige Integrationspolitik kommt mir etwas vor wie ein Wanderer, der falsch abgebogen ist aber nun schon so weit auf dem falschen Weg ging, dass er die Rückkehr scheut und sich stattdessen immer mehr verirrt. Am Ende bliebe uns nur der Beitritt oder ein Ende mit Schrecken.

Gewinnen wir also unsere Handlungsfreiheit zurück, solange dies noch zu einem vernünftigen Preis möglich ist. Die technischen Handelshemmnisse werden eh völlig überschätzt. Die Zertifizierung in einem Nachbarland gleicher Sprache ist für grössere Firmen kein Problem. Kleinere Firmen könnten dabei unterstützt werden, etwa indem "Swiss Global Enterprise" (ehemals OSEC) oder der Gewerbeverband in den Nachbarländern oder andern besonders effizienten EU-Ländern Strukturen zur Zertifizierung aufbauen. Von mir aus könnte ein solches Programm gar mit Steuergeldern unterstützt werden; dies wäre wesentlich billiger als eine weitere EU-Integration. Wenn die Schweiz konsequent am Cassis de Dijon Prinzip festhält und Produkten schweizerischer Produzenten, welche in der EU zertifiziert wurden, eine zweite Zertifizierung im Heimmarkt erspart, würde der Zusatzaufwand gegenüber dem heutigen System der gegenseitigen Anerkennung weiter in die Nähe von Null schrumpfen. Ebenso würde verhindert, dass EU-Produkte von unserem Markt verschwinden, weil EU-Produzenten den Aufwand einer Zertifizierung in der Schweiz scheuen. Und für all diejenigen, die für den Heimmarkt oder den nicht-europäischen Markt produzieren oder hier Handel treiben, könnten wir den bürokratischen Aufwand wieder auf das vor-bilaterale Niveau, d.h. einen Bruchteil des heutigen, reduzieren.

Ich bin nicht blauäugig. Auch ein Weg ohne weitere EU-Integration wird Nachteile haben. Aber indem wir selbst über unsere Politik entscheiden, können wir viel besser sachgerechte Lösungen finden, als wenn wir von den Entscheiden von Brüsseler Bürokraten und letztlich vor allem der Regierungschefs unserer beiden grössten Nachbarländer abhängen. Dabei gilt es zu bedenken, dass deren Entscheide nicht das Wohl unserer Wirtschaft und Bevölkerung, sondern eine immer engere Europäische Union und Integration dank immer mehr europaweiten Regeln im Auge haben. Dies mag legitim sein und ich will es hier gar nicht schlecht machen. Aber ich bin überzeugt, dass dies nicht dem Willen einer grossen Mehrheit unserer Bevölkerung entspricht.

Wenn dies der EU einmal bewusst wird und die Schweiz sich gleichzeitig als faire

Die europapolitische Frage

Der Sonderfall ist schon längst tot.

Abstimmungswiederholungen, bis es dem Linksfilz in den Kram passt
(Mutterschaft/Kinderzulagen/Armeeabschaffung/Umverteilungsanfälle etc.)

1. per Verfassungsbruch (Inländervorrang-light) oder
2. Abstimmungs-Propaganda-Lügenorgien (Schüblig-Härtefälle) durch den Linksstaatstilz oder
3. briefliche/elektrische Abstimmungs-Fälschungen wie in den USA-Wahl/Abstimmungsergebnisse ins Gegenteil zu verdrehen
4. Klavierspieler*Innen, Apparatschiks*Innen und Juso-Kindli-*Innen ohne Ausbildung als Alles-Experten-Kenner-Spezialisten wüten lassen
5. gleichgeschaltete am Staatstropf klebende Medien
6. Richterlein mit der einzigen "Fähigkeit", sich zur richtigen Zeit mit dem richtigen Parteibuch an die richtige Stelle zu schleimen...was
7. zur Folge hat, dass die Volksgenossen im Linksstaatstilz gar einen des Meineides und der Urkundenfälschung überführten Fabbri zum Bundesrichterlein """"wählen""",
8. wobei es bereit Anstandsbundesrichterlein gibt, die hochoffiziell verkünden dass sie eh nur noch nach EU-""Recht"" ...ups schrieb beinahe "urteilen"...also nach EU-Diktat wüten, und die widerlich verkünden dass ihnen die CH-Verfassung total am A.. vorbei gehe!

Warum will jetzt die EU weiterverhandeln, nachdem sie das von ihr diktierte Rahmenabkommen einseitig als "ausverhandelt" erklärt hat?

Der Verhandlungsabbruch durch die CH war die einzig richtige Antwort.

Jetzt ist für jeden klar:

Die EU hat ein sehr grosses Interesse an Verträgen mit der CH.

Beispiel 1: Immerhin würde die EU jährlich 5,2 Mia an CH-Beiträgen ans EU Forschungsprogramm (Horizon) verlieren., wenn sie die CH ausschliesst.

Beispiel 2: Ein Strommarkt-Abkommen ist vor allem ein EU-Anliegen.

Deshalb muss die CH Maximalforderungen in den einzelnen bilateralen Verträgen aufstellen und endlich auch durchsetzen oder auf ein Abkommen verzichten. Wer sich erpressen lässt, ist selber schuld.

Zum Glück müssen die Verträge vors Volk!

Die europapolitische Frage



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Le Conseil fédéral

Madame Ursula von der Leyen
Présidente de la Commission européenne
Bruxelles

Berne, le 26.05.2021

Accord institutionnel entre la Suisse et l'Union européenne

Madame la Présidente,

La Suisse et l'Union européenne partagent une riche histoire commune et des valeurs fondamentales, telles que le respect de la dignité humaine, la liberté, l'égalité et la démocratie. C'est sur cette base solide que la Suisse et l'Union européenne ont toujours poursuivi le développement de relations dont la qualité est à la hauteur des enjeux actuels pour le continent européen. Fondée depuis 50 ans sur des accords bilatéraux, l'intensification constante de nos relations et de nos échanges en témoigne, de même que nos fortes relations, notamment sur les plans économiques et politiques, culturels et linguistiques.

Ces derniers mois, nos négociatrices en chef ont travaillé intensément et avec un grand engagement dans le but de trouver des solutions aux trois points encore ouverts du projet d'accord institutionnel. Malgré cet engagement, ces négociations n'ont pas permis de dégager des points de convergence suffisants. Des divergences substantielles persistent entre la Suisse et l'Union européenne sur certains points clés du projet d'accord liés à la libre circulation des personnes comme la protection des salaires ou la directive relative au droit des citoyens de l'UE. Nous avons eu l'occasion de le constater lors de notre rencontre à Bruxelles le 23 avril dernier. Ces points concernent des domaines essentiels pour la Suisse et il ne nous paraît pas réaliste d'aboutir à un résultat global équilibré qui puisse satisfaire les deux parties. L'échec en Suisse en votation d'un tel accord ne serait dans l'intérêt ni de l'UE ni de la Suisse.

Après une évaluation globale du projet d'accord institutionnel, le Conseil fédéral est donc parvenu à la conclusion que les conditions pour le signer ne sont pas réunies et qu'il est préférable de mettre un terme aux négociations en cours.

Même sans cet accord, la Suisse reste une partenaire fiable et engagée de l'UE, sur la base notamment des nombreux accords bilatéraux existants. Nous nous engageons aux côtés de l'Union européenne pour la stabilité et la prospérité en Europe. Comme l'UE, nous visons au renforcement de la coopération européenne en matière de santé, de développement

Die europapolitische Frage

régional et de numérisation. La Suisse soutient aussi les efforts de l'UE pour développer l'indépendance technologique et l'autonomie stratégique de notre continent. Elle se montre également solidaire dans la gestion des questions migratoires. Enfin, partie intégrante de la communauté de valeurs européennes, elle coopère avec l'UE en vue de faire face aux importants défis globaux d'aujourd'hui, notamment ceux touchant à la protection climatique, la promotion des droits de l'homme ainsi que de la paix et la sécurité, ou encore à la lutte contre la pauvreté.

Le Conseil fédéral entend poursuivre ce partenariat étroit entre la Suisse et l'UE et souhaite qu'il soit possible de développer ensemble un agenda commun sur la base des accords bilatéraux actuels, permettant de les renforcer là où cela est possible et dans notre intérêt mutuel. Concernant la contribution suisse, le Conseil fédéral s'engagera auprès du Parlement pour un déblocage rapide des crédits actuellement conditionnés et propose de finaliser le *Memorandum of Understanding* avec l'UE.

Dans l'esprit d'approfondir les liens entre la Suisse et l'UE, le Conseil fédéral est aussi disposé à examiner les éventuels problèmes de mise en œuvre de nos accords bilatéraux et de développer le cas échéant des solutions pragmatiques afin d'assurer par ce biais un fonctionnement aussi fluide que possible de ces accords.

Compte tenu de notre intérêt partagé à maintenir des relations bilatérales étroites et privilégiées, nous comptons sur le fait que les accords bilatéraux continuent à être appliqués entièrement par les deux parties et actualisés lorsque des développements du droit de l'UE pertinents interviennent. Pour la participation aux programmes de l'UE et des décisions d'équivalences, la Suisse part du principe qu'elle ne sera pas traitée de façon défavorable par rapport à d'autres Etats tiers. En outre la Suisse plaide en faveur de la poursuite de la bonne coopération existante dans des domaines comme la santé ou l'approvisionnement en électricité.

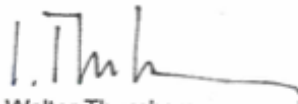
Afin de pouvoir accompagner et développer cet agenda commun, nous vous proposons de mettre en place un dialogue politique régulier à haut niveau et entre nos services compétents.

En vous réitérant la volonté de la Suisse de soigner et approfondir nos bonnes relations bilatérales, nous vous prions d'agréer, Madame la Présidente, l'assurance de notre haute considération.

Au nom du Conseil fédéral suisse :



Guy Parmelin
Président de la Confédération



Walter Thurnherr
Chancelier de la Confédération